

# Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

31

Mittwoch, den 8. Februar 1922

5. Jahrgang

## Die Außenpolitik Polens.

Außenminister Skirmunt hielt im Sejm eine Rede über die Außenpolitik Polens. Er erklärte, dass die Außenpolitik Polens eine Aufgabe ist, die in der ersten Stelle die Wahrung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Polens zum Ziel hat. In der zweiten Stelle steht die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Polens und die Herstellung der Gerechtigkeit zwischen den Nationen. Die Außenpolitik Polens wird sich auf diese beiden Punkte konzentrieren.

Was den ersten Punkt anbelangt, so haben im November vorigen Jahres die gegenseitigen polnisch-russischen Vorwürfe und Beschuldigungen ein Ende genommen und es begannen die einleitenden Verhandlungen, die die Vorbereitung von Handels- und anderen, aus dem Rigaer Vertrag hervorgehenden Verträgen zum Ziele haben, wobei der Anstoß von polnischer Seite gegeben worden ist. In Sachen der Teilnahme Polens an den allgemeinen Wiederaufbauarbeiten in Russland hat sich die polnische Regierung an die französische gewandt und als Antwort die Versicherung erhalten, dass Frankreich auf diesem Gebiet mit Polen aufs engste verbunden arbeiten will. Ein Gedankenaustrausch hat auch mit der tschechischen Regierung stattgefunden. Die Rollen der Staaten werden verschieden sein: Polen hat eine gemeinsame Grenze mit Russland, den Transit Europas nach Russland, Kenntnis des russischen Terrains und der Russen, für Frankreich dagegen und Tschechien handelt es sich hauptsächlich um Abzug für ihre Industrieerzeugnisse.

„Beim Wiederaufbau Russlands“ fuhr Minister Skirmunt fort, „dann und muß Polen ein positiver Faktor sein; so will es sich dann um den Wiederaufbau Europas handeln, ist Polen eher ein Objekt, das der Heilung bedarf. Polens Rolle ist in erster Angelegenheit wird um so bedeutender sein, je mehr es zu günstigen Bedingungen des inneren wirtschaftlichen und finanziellen Lebens gelangt.“

Minister Skirmunt hat verlas schließlich die in Cannes angenommene Resolution und unterstrich, dass alle Punkte mit Ausnahme eines einzigen (die gegenseitige Unterstützung aller Staaten, sich nicht anzumassen) eigentlich an Russland gerichtet sind. Für den Preis ihrer Annahme wird der Sowjetregierung ihre Anerkennung angeboten, was in Frankreich und Tschechien Beifall nach sich zieht, denn die dortigen Politiker sind mehr für eine allmähliche Zulassung Sowjetrusslands zur Teilnahme an den wirtschaftlichen Aufgaben.

Polen hat durch den Rigaer Vertrag die Sowjetregierung schon anerkannt. Wenn ihre Anerkennung von den verbündeten Regierungen zur Tat werden wird, tritt vielleicht auch die Anerkennung der vom Rigaer Vertrag festgelegten Grenzen in greifbare Nähe. Die Presseberichte über eine Ausschluss Polens vom Wiederaufbau sind ganz unbegründet.

Auf eine Frage des Abgeordneten Rataj bemerkte Minister Skirmunt, dass er als seine Hauptaufgabe die Arbeit daran betrachte, dass Polen nicht als Hauptbeleidiger der Unruhen betrachtet werde. Dies Ziel ist erreicht worden. Die Bemühungen in der obersteinsten Angelegenheit sind von teilweise Erfolg gewesen. Die Wilsner Frage ist ebenfalls auf eine bessere Bahn gelenkt worden. Die Erklärung der oft geläufigen Angelegenheit ist in Vorbereitung. Der Grundstein der polnischen Außenpolitik bildet ein Anschluß an Rußland. Der Vertrag mit Frankreich ist noch nicht unterschrieben, wird es aber bald sein. Einen Beweis der polnischen Friedenspolitik liefert Polen durch die mit der Tschechoslowakei und Dänemark abgeschlossenen Verträge.

Im Verhältnis zu Sowjetrußland wollen wir lieber Vermittler sein. Wir haben Frankreich unsere Dienste angeboten in der Hoffnung, daß es zur Anerkennung der Rigaer Grenze beitragen würde. Im Verhältnis zu den baltischen Staaten ist unsere Politik aktiv. Die meisten Schwierigkeiten haben wir mit Lettland, das die Polen ob eine Entschädigung entzogen und eine antipolnische Politik betreibt. Mit Estland und Litauen werden in nächster Zukunft Verhandlungen über einen Handelsvertrag angestellt werden. Finnland haben wir unsere Vermittlung zwischen ihm und Rußland wegen des latei-

fischen Aufstandes angetragen. Deutschland wünscht mit uns in allgemeine Verhandlungen über den Transit mit Rußland zu treten. Die Regierung wird dem Ausland gegenüber um so sicherer auftreten können, je gesünder unsere inneren wirtschaftlichen und Finanzverhältnisse sein werden.

Auf eine Rede des Abg. Psarrows Juro-Flawski antwortend, der die Beziehungen zu Deutschland unter dem Gesichtspunkt des Programms der polnisch-französischen Politik Deutschlands gegenüber behandelt wissen will, führte Minister Skirmunt des weiteren aus, daß Polen in der Angelegenheit des Wiederaufbaus Russlands nicht nur daran interessiert sei, daß die Teilnahme Deutschlands nicht zu groß sei.

## Polnisch-französische Abmachungen.

Paris, 7. Februar (Pat.) Gestern wurde der dritte polnisch-französische Vertrag unterzeichnet, der sich auf das Eigentum und die Rechte von Privatpersonen, auf Ausbeutungsrechte polnischer Petroleumgruben sowie auf Handelsrechte bezieht. Französischerseits ist der Vertrag von Poincaré und Dier, polnischerseits vom Gesandten Zamoycki und Kommerzienrat Dolezal unterzeichnet worden. Mit dem Augenblick der Unterzeichnung dieses Vertrages tritt das polnisch-französische politische Abkommen vom Juni 1921 in Kraft.

## Keine Enteignung von Polen in Deutschland.

Vor einiger Zeit ging durch die polnische Presse die Nachricht, daß im ehemaligen westpreussischen Ostpreußen ein Grundbesitz von über 3000 Morgen zu Siedlungszwecken enteignet werden sollen. U. a. wurden die Güter des Grafen Sierakowski und des Rittergutsbesitzers von Dommeritz im Kreis Stahm genannt. Wie das polnische Konsulat in Marienwerder in der polnischen Presse bekannt gibt, entsprechen diese Angaben nicht den Tatsachen.

## Fortdauer der Weltkrise.

Die Weltkrise hat sich seit der Wende in Frankreich nicht gelöst und die europäischen Fragen sind auch heute noch nicht weiter gediehen.

Der Garantievertrag zwischen England und Frankreich, über den Brian vor allem gestritten ist, ist zwar Gegenstand der Verhandlungen, die aber vorläufig zu keinem anderen Ergebnis führten als den starken Gegensatz zwischen den zwei Staaten zu feststellen.

Der Plan der Genuefer Konferenz schwebt noch im ungewissen und fester ist nur das Negative, nämlich die Unmöglichkeit der Amerikaner, nicht teilzunehmen, der Beischluß der Franzosen, die Hauptfrage, um die sich alles dreht, nämlich die Reparationsfrage, nicht als Konferenzgegenstand zuzulassen, und die Schwierigkeit für die Amerikaner, angesichts der plötzlich ausbrechenden römischen Ministerkrise den Termin einzuhalten.

In den orientalischen Angelegenheiten sieht es nicht besser. Die Pariser Beratung über sie ist gleichfalls verlagert und auch hier ist das Fortbestehen der Gegensätze festzustellen.

## Völkerbund und Genua.

Abolition der Genuefer Konferenz durch Frankreich.

Paris, 6. Februar. Die französische Regierung hat in einer Zirkulärnote an die Entente-Kabinette den Standpunkt eingenommen, daß der Völkerbund der Konferenz von Genua vorgehe in dem Sinne, daß auf der Konferenz nichts unternommen werden könne, ohne Beteiligung des Völkerbundes, und daß in Genua nichts beschlossen werden soll, was der Autorität des Völkerbundes irgendwie Abbruch tun könne. Dieser Standpunkt bedeutet eine Erschwerung der Konferenz von Genua.

London, 7. Februar. (Polpr.) Die von der französischen Regierung angeregte Teilnahme des Völkerbundes an der Konferenz in Genua wird in englischen Kreisen als ein neuer Beweis für gewisse Reibungen zwischen London und Paris gedeutet. „Daily Chronicle“ bemerkt, der Erfolg der Konferenz werde in hohem Maße von der Unabhängigkeit der dazwischen getretenen Meinungen abhängen. Jeder

sondern auch, daß sich England nicht von Frankreich absondere. Unser Verhältnis zu Deutschland ist davon abhängig, ob Deutschland die Bedingungen des Versailler Vertrages als unerschütterlich anerkennt und sich mit der Tat unsere Bündnisse mit Frankreich abhört. Unter solchen Bedingungen sind wir zu Verhandlungen mit Deutschland bereit, dem an denselben gelegen ist, besonders in der Transitzfrage. In letzterer wird die Regierung sehr vorsichtig verfahren. Obgleich in den politischen Kreisen die Ansichten über die Bedeutung der Transitzfrage geteilt sind, ist wohl die Ansicht derer richtig, die diese Angelegenheit mit Deutschland erledigen und dann erst Rußland gegenüber auszuspielen möchten.

## Frankreich will im Ruhrgebiet eingreifen.

Aus Paris wird gemeldet: Der französische Ministerrat hat den Beschluß gefaßt, beim Obersten Rat dahin vorzuschlagen zu werden, seine Zustimmung zu der Besetzung der Ruhrkohlenverarbeitungen und des dazu nötigen Eisenbahnverkehrs durch Einheiten der französischen Armee zu geben, falls durch den deutschen Eisenbahnverkehr die Kohlenzufuhr nach Frankreich behindert werden sollte. Der Antrag wurde von der französischen Regierung unverzüglich dem Obersten Rat überreicht.

Sollte sich diese Maßnahme bestätigen, so würde das nur bedeuten, daß Poincaré gewillt ist, seinen Anstoß zu bringen, um das Ruhrgebiet nach gegen den Willen seiner Verbündeten in die Hand zu bekommen.

## Verständigung im deutschen Eisenbahnerstreik.

Wien, 7. Februar (Pat.) Aus Berlin wird berichtet: Die Verhandlungen der Minister Hermes und Gröner mit den Vertretern der Eisenbahner führten zu einer Verständigung. Die Delegierten übermittelten den Verbänden die Erklärungen der Minister hinsichtlich der zugestandenen Lohnerhöhungen, die dem Verhältnis der Teuerung entsprechen sollen.

## Internationale Sozialistenkonferenz.

Paris, 6. Februar. (Pat.) Hier wurde die Tagung der internationalen Sozialistenkonferenz eröffnet. Die Delegierten Deutschlands und Italiens sind infolge der inneren Zustände in ihren Ländern nicht erschienen. Die Delegierten Englands, Frankreichs und Belgens sind in ihren Ansprüchen hinsichtlich der Aufhebung von Unterhandlungen zwischen der 2. und 3. Internationale uneinig. Der österreichische Delegierte Adler, der zur Information hier eingetroffen ist, sagte die Versendung einer allgemeinen Einladung zu und erklärte, daß Wien auf eine Antwort aus Moskau warte. Aber hält die Vereinigung der 2. und 3. Internationale zu gemeinsamer Aktion für notwendig.

Paris, 6. Februar. (Pat.) Die internationale Sozialistenkonferenz sandte eine Depesche an die deutschen Sozialisten mit der Botschaft, daß infolge Fehlens der deutschen Sozialisten, die Konferenz am Montag geschlossen und in kürzester Zeit in Frankfurt wieder eröffnet werden soll.

## Die karelische Frage.

Ablehnung des finnischen Vermittlungsversuchs.

Moskau, 6. Februar. (Pat.) Danek richtete eine Note an die finnische Regierung, die die Antwort auf den Vermittlungsversuch der finnischen Regierung hinsichtlich der karelischen Streitfrage enthält. Die Kärerregierung lehnt darin den finnischen Vorschlag entschieden ab und bemerkt, es erscheine ihr wunderbar, wie die finnische Regierung, die doch ein Ueberfall Finnlands auf Rußland offen mitgewirkt habe, die Rolle eines Vermittlers übernehmen wolle. Die Note schließt mit der Erklärung, daß über die karelische Frage, die eine innere Angelegenheit Rußlands sei, weder Finnland noch andere Staaten, noch auch der Völkerbund zu entscheiden hätten.

## Protokoll der fraktionslosen der Deutschen Sejmvereinigung vom 27. Januar 1922.

Anwesend: Dąbski, Ludeke, Heide, Spidemann, Splet, Barczewski.

In Anbetracht dessen:

1. daß wir in die politische Arbeit unseres bisherigen Mitgliedes des Abgeordneten Friele einlenken wollen.
2. daß wir für diese sich an unserer Stelle entlehrende Tätigkeit keine Verantwortung tragen können, wie es bei jedem Mitgliede richtig ist.
3. daß v. Friele in unserer Fraktion nur in vereinzelten Fällen vorübergehend zu sehen ist.
4. daß v. Friele an den Sitzungen im Sejm nach unserem Gefühl nur soweit teilnimmt, daß er seinen Verlust an den Abgeordnetenstimmen erleidet.
5. daß er dem einmütig gefaßten Beschluß der Fraktion aus Fraktionszwang, dessen schriftliche Festlegung er selbst als auch für ihn verbindlich durch Unterschrift anerkannt hat, sich nicht fügt und, wie es geheißen ist, gegen die Deutsche Fraktion stimmt.

wird von der Fraktion einstimmig der Ausschluß des Herrn Friele aus letzterer beschlossen.

Von diesem Beschluß ist v. Friele und dem Vorstand des Deutschumsbundes in Koblenz Kenntnis zu geben.

gez. Barczewski, Ludeke, Dąbski, Spidemann, Splet, Heide.

Zur Kenntnis der Wähler des Wahlbezirks Koblenz.

Koblenz, den 7. Februar 1922.

Dr. C. v. Behrens.

## Tschernow über Rußland.

Nikolai Tschernow, der bekannte Führer der Sozialrevolutionäre in Rußland, der im Jahre 1917 zum Vorsitzenden der Konstituante gewählt worden war, sprach dieser Tage in Berlin über die gegenwärtige Lage in Rußland. Nach Tschernow machen sich dort Zeichen eines Umschwunges geltend. Die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung habe unter den Arbeitern große Beunruhigung erweckt. Sie fühlen sich dem andrängenden Kapitalismus gegenüber hilflos, ihre früheren Kampforganisationen, die Gewerkschaften, haben sich in Behörden verwandelt, sind also zu einem aktiven Kampf unfähig geworden. Ganz besonders kritisch aber ist die Lage der Arbeiterklasse gegenüber dem Hauptunternehmer, dem Staat selbst, der über die Gewerkschaften selbst verfügt. Mit der weiteren Entwicklung zum Sozialismus glaubt Tschernow nach Tschernow auf eine sehr oppositionelle Einstellung der Arbeiterklasse rechnen zu können. Die Intelligenz ihrerseits sieht sich bei dem Abbruch der bürokratischen Apparate, die naturgemäß mit der Rückkehr zu der alten Wirtschaftsform Hand in Hand gehen müßte, wieder in ihren mühsam gewonnenen Existenzgrundlagen bedroht und deswegen beginnt in ihr, glaubt Tschernow, wieder der alte Kampf gegen die Bolschewisten zu erwachen. Aus diesen Gründen glaubt Tschernow feststellen zu können, daß die Verhältnisse in Rußland allmählich für eine neue Revolution reif zu werden beginnen. In eine friedliche politische Evolution des herrschenden Systems, die parallel mit der wirtschaftlichen Demokratisierung ginge, will Tschernow nicht glauben. Allgemeine Wahlen könnten die bolschewistischen Ideologen nicht zulassen, da Wahlen, wie Lenin sehr gut wisse, den Bolschewisten eine Niederlage bringen müßten. Die Gruppe Tschernow verwirft nach wie vor eine Koalition mit dem Bolschewismus, andererseits ist sie auch gegen die Anwendung der alten terroristischen Taktik, die sie gegenüber dem zaristischen Regime in Rußland verfolgt hatte, da es sich bei der Sowjetregierung immerhin um Vertrauensleute eines Teiles der werktätigen Bevölkerung handelt. Wenn aber die Verhältnisse in Rußland einmal reif seien, sich also der von Tschernow geleitete Prozeß der Revolutionierung der russischen Anarchisten vollziehen habe, dann werde man ihn und seine Freunde auch wieder in der ersten Reihe der Kämpfenden finden.

## Kardinal Gaspari — päpstlicher Staatssekretär.

Rom, 7. Februar. (Pat.) Nach dem „Corriere d'Italia“ hat der Papst den Kardinal Gaspari als Staatssekretär ernannt. Die Ernennung des Papstes soll am 12. h. stattfinden.











